

**Kleine Anfrage
für die Fragestunde**

Hannover, den 25.04.2023

Fraktion der SPD

Gesetz gegen digitale Gewalt im Internet: Wie ist der aktuelle Stand des Verfahrens?

Das Niedersächsische Justizministerium veröffentlichte am 15. Februar 2023 eine Pressemitteilung, in welcher es mitteilte, derzeit würden Eckpunkte eines Gesetzes gegen digitale Gewalt erarbeitet. Mit dem Gesetz sollen Betroffene, die im Internet beleidigt, bedroht, gestalkt, verunglimpft oder verletzt werden, die Möglichkeit erhalten, schnell und unkompliziert die Löschung von Posts oder die Sperrung oder Löschung der Täter-Accounts beim Amtsgericht zu erwirken. Diese Eckpunkte sollten als Initiative über den Bundesrat in den Bundestag eingebracht werden. Auch in der Norderneyer Erklärung der SPD-Fraktion vom 7. März 2023 wird betont, dass jedweder Form von Gewalt und Hass auch im digitalen Raum entschieden entgegengetreten werden müsse. Nunmehr hat das Bundesministerium der Justiz am 12. April 2023 seinerseits Eckpunkte zu einem Gesetz gegen digitale Gewalt vorgelegt. Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Fragen:

1. Wie bewertet die Landesregierung die durch das Bundesministerium der Justiz vorgelegten Eckpunkte zum Gesetz gegen digitale Gewalt?
2. Welche eigenen Akzente beabsichtigt die Landesregierung bei ihrem weiteren Vorgehen bei der Schaffung eines Gesetzes gegen digitale Gewalt zu setzen?
3. Was beabsichtigt die Landesregierung zu unternehmen, um ihr Anliegen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor digitaler Gewalt weiter voranzubringen?

Wiard Siebels

Parlamentarischer Geschäftsführer